

# Es ginge vorerst ohne Vollsperrung

In welchem Zustand befindet sich der Gotthardtunnel? Ein neuer Bericht des Bundesamts für Strassen sorgt für Verwirrung und weckt Kritik - just in der CVP, der Partei von Verkehrsministerin Doris Leuthard.

Stefan Häne

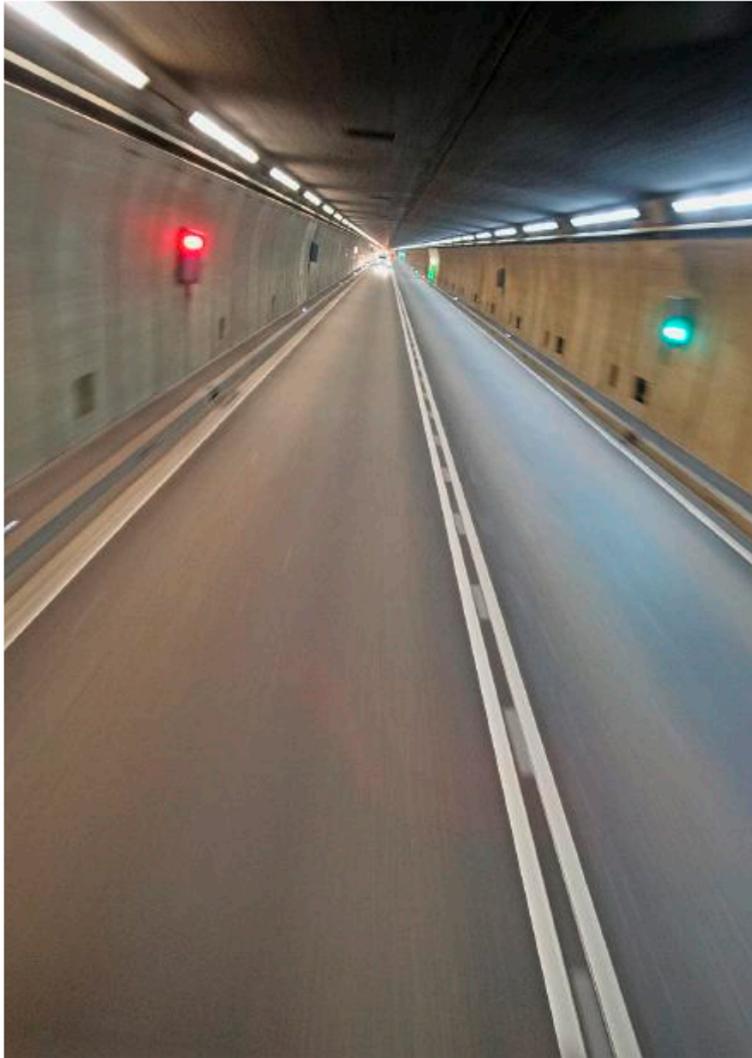
«Risse in der Decke und Rost an Armierungsseisen»: Der Touring-Club Schweiz (TCS) versucht in der jüngsten Ausgabe seines Magazins, den bestehenden Autotunnel durch den Gotthard als ernststen Sanierungsfall darzustellen - mit dem Bau einer zweiten Röhre als goldene Lösung. Doch wie steht es um den Tunnel wirklich? Der Bundesrat hat bislang kommuniziert, es seien Überbrückungsarbeiten an der bestehenden Röhre mit einer 140-tägigen Vollsperrung nötig. So lasse sich diese sicher betreiben, bis der zweite Tunnel fertig gebaut sei. Anschliessend werde die alte Röhre an circa 980 Tagen gesperrt und saniert. Ab etwa 2030, so der Bundesrat, solle dann der Verkehr durch beide Tunneln rollen - je einspurig, wie er versichert.

Doch nun, drei Monate vor dem Urengegang zur zweiten Gotthardröhre, gelten gewisse Fakten nicht mehr. Das Bundesamt für Strassen (Astra) hat vorletzte Woche einen neuen Bericht veröffentlicht. Die Verkehrsexperten im Departement von Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) reagierten damit offensichtlich auf eine Forderung von linksgrünen Politikern und Umweltverbänden, welche dem Bundesamt Geheimniskrämerei vorgeworfen hatten.

Der Inhalt des Berichts birgt Zündstoff: Es ist wohl doch nicht nötig, den Tunnel während 140 Tagen zu sperren. Die Tunnelzwischenendecke, die bis anhin als schwächstes Glied gegolten hat, ist in besserem Zustand als angenommen. Arbeiten für die Zwischensanierung können voraussichtlich während der regulären Sperrnächte im Frühling, Sommer und Herbst stattfinden: «Es wird davon ausgegangen», heisst es wörtlich im Bericht, «dass keine umfassenden Instandhaltungsmassnahmen der Zwischenendecke, die eine Vollsperrung des Tunnels erfordern, bis 2035 notwendig werden.» Zum Vergleich: 2013 schrieb der Bundesrat in seiner Botschaft zur Gotthardvorlage, zwischen 2020 und 2025 müsse die Röhre saniert und erneuert werden. «Ohne diese Arbeiten könnten die Funktionstüchtigkeit und somit die Sicherheit im Gotthard-Strassentunnel ab 2025 nicht mehr vollumfänglich gewährleistet werden.»

## Neue Fakten, neue Ausgangslage

Für die Gegner einer zweiten Röhre stellt der Astra-Bericht die aktuellen Sanierungskonzepte «auf den Kopf», wie es Stefan Krebser vom Tessiner Thinktank Rail Valley formuliert. Der Bundesrat und das Parlament hätten die Gotthardvorlage auf der Basis von Fakten entschieden, die nun nicht mehr gälten, so Krebser. «Deshalb ist die Volksabstimmung zur zweiten Röhre abzusagen.» Das Astra müsse ein neues Sanierungskonzept vorlegen. Der Tunnel sei in einem besseren Zustand als bislang kommuniziert; entsprechend erachtet es Krebser als möglich, die bestehende Röhre mit einer Sanierung light komplett zu erneuern - im Rahmen der Sperrnächte, und dies ohne zweite Röhre und rollende Landtrasse (Rola) mit Verladestationen für Autos und Lastwagen. Auch Manuel Herrmann vom Verein Alpeninitiative bezweifelt, ob das Parlament einem 4-Milliarden-Projekt zugestimmt hätte, wenn es gewusst hätte, dass allenfalls eine Sanierung light ohne Vollsperrung für wenige Hundert Millionen möglich wäre.



Der Gotthardtunnel könnte durchgehend befahren werden. Foto: Urs Flüeler (Keystone)

Der neue Bericht verunsichert die Politiker im Bundeshaus. Und provoziert Kritik. Vorwürfe kommen nicht nur aus dem links-grünen Lager, sondern auch aus dem Kreis der CVP - jener Partei, die am letzten Wochenende ganz im Sinne ihrer Bundesrätin Doris Leuthard die Japapole zur zweiten Röhre beschlossen hat. Der Luzerner Ständerat Konrad Graber etwa ist sich nicht mehr sicher, ob die bei der Beratung der Vorlage vorgestellte Rola-Variante «wirklich das Optimum präsentiert».

## Seriosität des Astra angezweifelt

Der neue Bericht verunsichert die Politiker im Bundeshaus. Und provoziert

Kritik. Vorwürfe kommen nicht nur aus dem links-grünen Lager, sondern auch aus dem Kreis der CVP - jener Partei, die am letzten Wochenende ganz im Sinne ihrer Bundesrätin Doris Leuthard die Japapole zur zweiten Röhre beschlossen hat. Der Luzerner Ständerat Konrad Graber etwa ist sich nicht mehr sicher, ob die bei der Beratung der Vorlage vorgestellte Rola-Variante «wirklich das Optimum präsentiert».

Die Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer, wie Graber Mitglied des bürgerlichen Komitees gegen eine zweite Röhre, zweifelt die Seriosität des Astra an: Es seien zu viele widersprüchliche Berichte erstellt worden, sagt sie. Die Folgen sind aus ihrer Sicht gravierend: «Wir wissen zum Zeitpunkt der Volksabstimmung nicht, welche Ar-

## Kaum zu stoppen Abstimmung

Der Tessiner Thinktank Rail Valley verlangt, dass die Abstimmung vom 28. Februar 2016 ausgesetzt wird, weil sich die Faktenlage entscheidend verändert habe. Unabhängig von der inhaltlichen Beurteilung stellt sich die Frage, ob dies realisierbar ist. «Diese Forderung dürfte rechtlich ins Leere laufen», sagt Alain Griffel, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich. Der Bundesrat sei nicht dazu befugt. Die Bundesversammlung müsste auf den Beschluss, das Strassentransitverkehrsgesetz zu ändern, zurückkommen können - was sie nicht kann. Infrage komme nur, ein neues Gesetzgebungsverfahren einzuleiten. «Das aber ändert am Lauf des jetzigen Verfahrens nichts.» Das Bundesgesetz über die politischen Rechte sieht überdies die Absetzung einer zur Abstimmung angesetzten Vorlage nicht vor. (sth)

beiten an der Tunneldecke nach 2035 überhaupt nötig sind.» Dazu sage nämlich auch der neue Astra-Bericht nichts.

Das Astra indes hält fest, an der Faktenlage habe sich nichts verändert. Der heutige Gotthardstrassentunnel müsse trotz allem umfassend saniert werden. «Dazu muss er während mehr als drei Jahren gesperrt werden.» Ersetzt werden müsse etwa der Strassenbelag, zudem müsse die Tunneldecke von 4,5 auf 4,8 Meter angehoben werden. Das Astra will so die Sicherheit steigern: Die Fahrzeuge dürften heute schon zwar nur 4 Meter hoch sein, doch schlugen im Tunnelwind die Blachen von Lastwagen oft über diese Marke hinaus. Nach oben etwas mehr Platz zu haben, hält das Astra deshalb für «sicherheitstechnisch sinnvoll».

Zweifelhaft ist, ob die Forderung des Thinktanks Rail Valley überhaupt umsetzbar ist. Taktisch wollen die Gegner einer zweiten Röhre den Astra-Bericht gleichwohl zu ihren Gunsten nutzen. Laut Schmid-Federer geht es am 28. Februar 2016 nun darum, mit einem Nein zu einem neuen Tunnel eine bessere und günstigere Lösung zu ermöglichen. Vor einer Debatte, die sich um technische Details am Gotthard dreht, warnt indes der Tessiner CVP-Nationalrat Fabio Regazzi. Er sei kein Tiefbauingenieur und masse sich darum kein Urteil über die Notwendigkeit einer Sanierung und die Art der Sanierung an. «Es gibt gute Gründe, warum Techniker diese Fragen klären müssen - und nicht politisierende Befürworter oder Gegner der zweiten Röhre.» Solange das Astra versichere, dass eine Sanierung des bestehenden Tunnels mit Vollschliessung notwendig sei, so stellt Regazzi klar, ändere sich an der Ausgangslage nichts.

## St. Gallen fordert Grenzkontrollen

Die Schweiz soll ihre Asyl- und Flüchtlingspolitik «verstärkt auf die Flüchtlingsströme und die zunehmende Gewalt» ausrichten. Dies fordert der Kanton St. Gallen mit einer Ständesinitiative, die vom Kantonsrat beschlossen wurde. Demnach soll die Schweiz das Grenzschutzkorps aufstocken und dafür die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Grenzschutzkorps, Polizei und Armee sollen verstärkt zusammenarbeiten, um die Grenzen besser zu sichern und die Rechtsordnung durchzusetzen. Weiter fordert die Ständesinitiative eine «konsequente Anwendung des Schengen-Abkommens in den EU-Ländern und in der Schweiz» sowie eine gerechte Aufteilung der Flüchtlinge auf alle beteiligten Länder im Schengenraum. Zudem soll die Schweiz die Mittel für die Hilfe vor Ort erhöhen. Umstritten war im Kantonsrat die Forderung, positive Asylentscheide nur noch für Herkunftsländer, in denen Krieg herrscht, auszusprechen. Dies sei «rechtswidrig und mit der humanitären Tradition der Schweiz nicht vereinbar», kritisierte die Regierung. Sie wehrte sich vergeblich gegen die Ständesinitiative. (SDA)

## Nachrichten

### CS-Sorgenbarometer Schweizer Bevölkerung beschäftigt Arbeitslosigkeit

Am meisten Sorgen machen sich die Schweizerinnen und Schweizer um die drei A: Arbeitslosigkeit, Ausländerfragen, Altersvorsorge. Diese Themen führen die Sorgen-Hitliste seit Jahren in unveränderter Reihenfolge an - der Anteil jener, denen diese Themen Sorgen bereiten, ist jedoch gestiegen. Ebenfalls seit Jahren unverändert auf Platz 4 folgen Befürchtungen zum Thema Flüchtlinge. Von Platz 9 auf 5 vorgerückt sind die Sorgen um den Euro und liegen nun gleichauf mit jenen um EU/Bilaterale. 60 Prozent der Befragten wünschen eine Fortsetzung der bilateralen Verhandlungen. Das sind etwas weniger als 2014. Kleiner geworden ist gleichzeitig auch der Anteil jener, welche die Bilateralen aufkündigen wollen. Der EU beitreten möchten gemäss Befragung 23 Prozent (plus 9 Prozentpunkte). Nur noch 64 Prozent wünschen sich ein offeneres Verhalten der Politik gegenüber dem Ausland - ein Rückgang um 15 Prozentpunkte. (SDA)

### Eidgenössische Räte Salutschüsse für die höchsten Schweizer

Nationalratspräsidentin Christa Markwalder und Ständeratspräsident Raphaël Comte wurden gestern in ihren Heimatkantonen Bern respektive Neuchâtel gefeiert. Vor dem Bundeshaus erwartete vorgängig die Ehrenformation des Kantons Bern die höchste Schweizerin und den höchsten Schweizer. Sie feierte Salutschüsse zu Ehren Markwalders und Comtes ab und sorgte damit für ein Spektakel, das viel Volk auf den Bundesplatz lockte. Anschliessend fuhren Markwalder und Comte mit ihren Gästen Richtung Burgdorf respektive Neuchâtel. Dort wurde sie von den Behörden feierlich empfangen. (SDA)

### Beamtenstreik Genfer Staatsangestellte streiken erneut

Die Genfer Staatsangestellten sind gestern erneut gegen die Sparpläne der Kantonsregierung auf die Strasse gegangen. Nach der Arbeitsniederlegung am Dienstag und am Mittwoch soll auch am Donnerstag gestreikt werden. Die Streikenden protestieren gegen die Pläne, die Personalkosten bis in drei Jahren um fünf Prozent zu verringern. (SDA)

### US-Geheimdienstaffäre Bundesrat muss keinen Bericht erarbeiten

Der Nationalrat besteht nicht darauf, dass die Regierung einen öffentlichen Bericht erarbeite, der die Hintergründe der NSA-Abhöraffaire und die Rolle des Nachrichtendienstes des Bundes vertieft. Bundesrat Ueli Maurer wies darauf hin, dass verschiedene Abklärungen dazu im Gange seien. Davon liess sich der Nationalrat überzeugen. (SDA)

## Zwist um IT-Mammutprojekt des Bundes

Der Ständerat soll nächste Woche 67 Millionen für ein IT-Grossprojekt des Bundes sprechen. Dies, obwohl derzeit noch zahlreiche Ungereimtheiten bestehen.

Christian Brönnimann  
Bern

Die Bundesverwaltung will ein zentrales Arbeitsinstrument von rund 30 000 Beamten erneuern: die sogenannte elektronische Geschäftsverwaltung (Gever). Die Software fasst alle Dokumente, Informationen und Prozesse, die in den Amtsstuben anfallen, auf einer Plattform zusammen. Heute sind beim Bund mindestens vier verschiedene dieser digitalen Aktenablage- und Organisationssysteme im Einsatz - mit entsprechenden Mehrspürigkeiten und Mehrkosten.

Nächste Woche soll nun der Ständerat 67 Millionen Franken für die Beschaffung des neuen Gever-Systems sprechen. Für die Einführung werden verwaltungsinterne Kosten in ungefähr gleicher Höhe dazukommen.

Die Geschichte des Projekts ist geprägt von Schwierigkeiten. Ein erster Versuch, Gever zu vereinheitlichen, scheiterte. Die Eigenentwicklung des Bundesamts für Informatik wurde 2012 aus finanziellen Gründen wieder eingestellt. In einem strategischen Entscheid beschloss der Bundesrat danach, dass künftig noch zwei verschiedene Produkte zum Einsatz kommen sollen. Damit soll die elektronische Geschäftsverwaltung gegenüber dem Status quo effizienter, gleichzeitig aber eine zu grosse Abhängigkeit von nur einem Anbieter verhindert werden, so die Begründung.

## Szenekenner überrascht

So weit die Theorie. Doch in der Praxis ist auch dieser Entscheid des Bundesrats schon wieder überholt. Denn im Widerspruch zur herausgegebenen Direktive haben sich die Departemente letzten Sommer allesamt für dasselbe Produkt entschieden. Dies, obwohl die federführende Bundeskanzlei bereits im Mai zwei Gever-Systeme von zwei Herstellern ausgewählt und an beide Firmen einen Auftrag von je rund 12 Millionen Franken plus Optionen von bis zu 140 Millionen vergeben hatte.

In der Branche sorgt der Zickzackkurs für Spekulationen. Unterlegene Anbieter fragen sich, ob alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Der Entscheid für das Gever-System Acta Nova, das nun beschafft werden soll, habe «alle Kenner der Szene, mit denen wir gesprochen haben, überrascht», schrieb das Branchenportal «Inside-IT». Acta Nova der französischen Firma Atos ist im Schweizer Gever-Markt kaum bekannt. Die österreichische Fabasoft, die mit ihrer Gever-Software in der Bundesverwaltung bisher am weitesten verbreitet ist, hat den Vergabeentscheid vor Bundesverwaltungsgericht angefochten.

Die Bundeskanzlei verteidigt das Vorgehen: «Die Option, dass nur ein Produkt zum Einsatz kommen könnte, war von Beginn der Ausschreibung und den erfolgten Zuschlägen für alle Beteiligten klar», schreibt eine Sprecherin auf Anfrage. Die Abhängigkeit vom Lieferanten schätze man zudem nicht höher ein als bei anderen Produkten, bei denen die Bundesverwaltung von nur einem Lieferanten bedient werde. Weiter verweist die Sprecherin auf «erhebliche Einsparungen», die nun realisiert werden könnten, da Entwicklung und Einfüh-

rung des zweiten Produkts wegfielen. Diese sollen in den nächsten zwölf Jahren rund 100 Millionen Franken betragen. Bloss: Das Hin und Her dürfte auch zu Mehrkosten führen. Noch ist offen, wie sich der Bund mit derjenigen Firma einig kann, die zwar bereits ihren 12-Millionen-Zuschlag erhalten hat, jetzt aber doch nicht liefern soll. Für sie werde «eine faire Lösung im Rahmen der Vorgaben» verhandelt, schreibt die Bundeskanzlei. Zumindest der Aufwand, der bei der Firma für die bisherigen Vorarbeiten anfiel, wird wohl der Bund übernehmen müssen.

Je nach Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts muss das Projekt erneut neu ausgerichtet werden. Dass das Parlament trotz dieser unsicheren Ausgangslage bereits den 67-Millionen-Kredit sprechen soll, rechtfertigt die Bundeskanzlei mit Zeitdruck. Da der Bund mit dem künftigen Einsatz von nur noch einem Gever-Produkt sparen werde, wolle er das Projekt «möglichst zeitverzugslos an die Hand nehmen», schreibt die Sprecherin. Die erste Hürde hat der Kredit bereits genommen. Allen Unsicherheiten zum Trotz hat die vorbereitende Finanzkommission des Ständerats dem Kredit oppositionslos zugestimmt.